

Berlin, den 06.01.2022

Mitteilung
der Bundesregierung
der Bundesrepublik Deutschland
an die Europäische Kommission

Betreff: C(2022) 8067 final – Entwurf für eine Verordnung der Kommission über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen

Bezug: Schreiben der Kommission vom 15.11.2022 COMP/A3/ZT HT.5647*
comp(2022)8142003 (HT.5647 - Invitation to the 1st Advisory Committee meeting on a revision of the General de minimis Regulation)

Vorbemerkung:

Die Bundesregierung bedankt sich für die Einladung mit vorbezeichnetem Schreiben zu einem ersten Termin des Beratenden Ausschusses für staatliche Beihilfen am 14.12.2022 betreffend eine Überarbeitung der Allgemeinen De-Minimis-Verordnung (VO (EU) 1407/2013 der KOM vom 18.12.2013). Ergänzend möchte die Bundesregierung mit vorliegender Stellungnahme ihre Einschätzung zu dem Entwurf darlegen.

1. Inflationsanpassung

Die Bundesregierung begrüßt grundsätzlich die beabsichtigte Inflationsanpassung der allgemeinen De-minimis-Grenze i.H.v. bisher 200.000 €, die im Jahr 2006 festgelegt wurde. Der Aspekt der Inflationsanpassung hat durch die außergewöhnlich hohen allgemeinen Preissteigerungen aufgrund der gestiegenen Kosten für Lebensmittel und Energie insbesondere durch den völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine noch einmal enorm an Bedeutung gewonnen. Vor diesem Hintergrund erscheint der in Erwägungsgrund 3 und Art. 3 Abs. 2 des Entwurfs genannte Wert i.H.v. 275.000 € zu niedrig. Die Bundesregierung hält darum

weiterhin an ihrem Vorschlag in ihrer Mitteilung vom 22.07.2022 fest, wonach der Wert auf 500.000 € erhöht werden sollte.

Auch die Werte zur Berechnung des Bruttosubventionsäquivalents in Art. 4 müssen dann entsprechend angepasst werden.

Zuletzt verweist die Bundesregierung zur Vermeidung von Wiederholungen vollumfänglich auf Punkt 1. ihrer Mitteilung vom 22.07.2022.

2. Redaktionsfehler bzgl. Verbot des Erwerbs von Fahrzeugen durch Unternehmen des Straßengüterverkehrs

Das Verbot für Unternehmen, die im gewerblichen Straßengüterverkehr tätig sind, De-minimis-Beihilfen für den Erwerb von Fahrzeugen für den Straßengüterverkehr zu verwenden (bisher Art. 3 Abs. 2 Unterabs. 2 Satz 2 der VO), wird in dem vorliegenden VO-Entwurf gestrichen. Für Unternehmen, die sowohl im gewerblichen Straßengüterverkehr als auch in anderen Bereichen tätig sind, bleibt dieses Verbot jedoch erhalten (Art. 3 Abs. 2 Unterabs. 2 (letzter Satz am Ende) des Entwurfs). Die Bundesregierung geht hier von einem redaktionellen Versehen der KOM aus.

3. Nachrangdarlehen

Es bedarf einer De-minimis-Regelung für Nachrangdarlehen. Diese sollten als transparent gelten, wenn ihr Betrag 750.000 EUR nicht übersteigt oder das Bruttosubventionsäquivalent auf Basis des Basissatzes gemäß Referenzzinsmitteilung zuzüglich eines Zuschlags nach Maßgabe des Ratings des Beihilfeempfängers berechnet wurde, wobei aufgrund der fehlenden Besicherung der Finanzierung die Ratingkategorie um eine Stufe abgesenkt wird.

4. Stärkere Klarstellung zu „schriftlich“ im Sinne von Art. 6 Abs. 1 Satz 1

Die Bundesregierung vertritt wie bereits in ihrer Mitteilung vom 22.07.2022 weiterhin die Meinung, dass die staatliche Mitteilung der voraussichtlichen Höhe der Beihilfe gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 nicht als physisches Dokument (d.h. als Ausdruck auf Papier) erfolgen muss, sondern dass für diese Erklärung ein elektronischer Text genügt (z.B. eine E-Mail).

Andernfalls bestünde nicht zuletzt bei wichtigen EU-Förderungen (z.B. EFRE) ein Konflikt mit Art. 69 Abs. 8 der VO (EU) 2021/1060, wonach die MS sicherzustellen haben, dass der gesamte

Informationsaustausch zwischen Begünstigten und Programmbehörden über elektronische Datenaustauschsysteme erfolgt.

Die Bundesregierung begrüßt darum die geänderte Formulierung in der deutschen Sprachfassung des Art. 6 Abs. 1 Satz 4 („bzw.“ statt „oder“). Hierdurch wird erstmals eine Interpretation ermöglicht, wonach auch eine elektronische Erklärung (z.B. per E-Mail) als „schriftliche“ Erklärung gelten kann. Hieraus folgt, dass auch die („schriftliche“) Erklärung des Beihilfengebers gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 per E-Mail erfolgen kann.

Allerdings bestehen hier für deutschsprachige Leser/-innen weiterhin Interpretationsschwierigkeiten. Das haben nicht zuletzt zahlreiche Rückmeldungen zu dem Entwurf gezeigt.

Es wäre (- in allen Sprachfassungen -) besser verständlich, wenn in Art. 6 Abs. 1 Satz 1 und Satz 4 dieselbe Formulierung für das Formerfordernis verwendet würde (also „eine Erklärung in schriftlicher bzw. elektronischer Form“), sofern – wie die Bundesregierung begrüßen würde – dasselbe Formerfordernis gemeint ist.

5. De-minimis Beihilfenregister

Die Bundesregierung spricht sich gegen das im Entwurf vorgesehene De-minimis-Register aus (Erwägungsgrund 21 und Art. 6 Abs. 2 des Entwurfs). Dagegen bestehen verschiedene Bedenken:

a) Es ist nicht ersichtlich, weshalb ein Register aus Gründen der Wettbewerbskontrolle als erforderlich erachtet wird: Ein De-minimis-Register würde erheblichen zusätzlichen Verwaltungsaufwand bedeuten. Mit einem Register entstünde ausgerechnet bei den kleinsten Beihilfen mit den geringsten Auswirkungen auf den europäischen Wettbewerb großer Verwaltungsaufwand. Damit verlöre die De-minimis-Verordnung teilweise ihre Existenzberechtigung, weil sie komplizierter anzuwenden wäre als etwa die AGVO.

Während bei der AGVO grundsätzlich erst ab 500.000 € eine Publikationspflicht besteht (vgl. Art. 9 Abs. 1 AGVO), soll im De-minimis-Bereich ab dem ersten Euro eine Publikationspflicht eingeführt werden.

b) Für die Bundesregierung ist ferner nicht ersichtlich, wie das De-minimis-Register seinen Zweck erfüllen könnte. So wird beispielsweise nicht ersichtlich, wie das Beihilfenregister sicher verhindern können sollte, dass bei einem Unternehmen innerhalb des Dreijahreszeitraums die De-minimis-Obergrenze überschritten wird.

Beispielsweise könnte dieses Ziel nicht mehr erreicht werden, wenn das Unternehmen innerhalb des dreijährigen Betrachtungszeitraums seinen Namen ändert, sodass Beihilfen mit unterschiedlichem Unternehmensnamen für das an sich selbe Unternehmen eingetragen würden. Aus dem Beihilfenregister würde auch nicht hervorgehen, wieviele Beihilfen dem jeweiligen „einzigen Unternehmen“ im Sinne von Art. 2 Abs. 2 innerhalb des Dreijahreszeitraums gewährt wurden, etwa bei nachträglichen Änderungen des Unternehmensverbunds (Zukäufe neuer Konzerntöchter, Fusionen etc.). Darum wird man nicht auf die Selbstauskünfte gemäß Art. 6 Abs. 1 der Verordnung (die nach Einführung des Beihilferegisters langfristig wegfallen sollen (Art. 6 Abs. 2 letzter Satz des Entwurfs)) verzichten können. Damit hat das Beihilfenregister im Ergebnis keinen Nutzen im Rahmen der Beihilfenkontrolle.

Hinzu kommt, dass der Entwurf Anforderungen an das Beihilfenregister enthält, die für die Kontrolle der Einhaltung der De-minimis-Obergrenze gar nicht erforderlich sind, sondern lediglich statistischen Zwecken dienen, wie z.B. die Festlegung des Wirtschaftszweiges anhand des NACE-Codes.

c) Die umfassende Anmeldepflicht ab dem ersten Euro erscheint nicht zuletzt auch im Lichte des Datenschutzes unverhältnismäßig. Insbesondere der Zugang über eine Website ohne Einschränkungen (Art. 6 Abs. 2 Satz 5 des Entwurfs) ist nicht erforderlich um Verstöße gegen die De-minimis-Beihilfeobergrenze gemäß Art. 3 der VO zu verhindern.

d) Die Übergangsfrist von sechs Monaten, in der das zentrale De-minimis-Beihilferegister eingerichtet sein müsste (Art. 6 Abs. 2 Satz 2), wäre jedenfalls für solche Mitgliedstaaten, die von dem Register auf Unionsebene nicht Gebrauch machen wollen, zu kurz. Eine derart komplexe IT-Infrastruktur könnte nicht in sechs Monaten eingeführt werden (z.B. Vorbereitung der Vergabeverfahren für die Programmierung, Vergabeverfahren, Programmierung, Testung, Einführung).

e) Um wirklich Verstöße gegen die De-minimis-Schwelle des Unternehmens zu verhindern, müsste sich das Register sogar in Echtzeit aktualisieren. Damit entfielen der bisher große praktische Vorteil, dass die Anmeldungen bei TAM für mehrere Monate gesammelt abgegeben werden können.

Zuletzt vertreten die deutschen Behörden die Auffassung, dass schon TAM nicht leicht zu bedienen ist. Ein passendes Modul wäre folglich auch technisch schwer umsetzbar.

6. Bagatellgrenze

Die Bundesregierung bedauert, dass der Vorschlag einer Bagatellgrenze aus ihrer Mitteilung vom 22.07.2022 nicht in dem Entwurf aufgegriffen wurde und hält ihn weiter aufrecht. Aktuell fällt z.B. bei geringfügigen Beratungsleistungen für KMU (Förderung ca. 40 € pro Beratungsstunde) ein unverhältnismäßiger bürokratischer Aufwand an.

7. Kalenderjahre statt Steuerjahre

Die Bundesregierung schlägt vor, bei der vorliegenden VO und bei den anderen De-minimis-VOen statt auf Steuerjahre zukünftig auf Kalenderjahre abzustellen. Damit werden die Regelungen leichter verständlich. Zudem würde sie einheitlich in allen MS ausgelegt, was bei Steuerjahren nicht der Fall ist.